

## STAATS- UND RECHTSORDNUNG DES ENTWICKELTEN SOZIALISMUS

Dr. PÁL HORVÁTH

### Epoche des entwickelten sozialistischen Rechtes

Die Ausbreitung der rechtshistorischen Forschungsarbeiten auf die jüngsten Zeiten wird heutzutage im allgemeinen nicht bloß als methodistischen Experiment der Wissenschaft betrachtet. In diesem Sinne trat der Historismus der modernen marxistischen Rechtswissenschaft in den Brennpunkt des Interesses, als er sich mit weltanschaulichem Engagement den gesellschaftlichen Erfahrungen der neuen und neuesten Zeiten zuwandte, die Entwicklungsgeschichte des existierenden sozialistischen Staatsrechtes inbegriffen. Bei diesem Streben läßt man sich nicht von pragmatistischen Zielen leiten, ist es doch klar, daß in der Rechtsentwicklung der neuen und neuesten Zeit gerade der Bruch mit dem Traditionalismus (dem historischen Recht) für die Geschichte des sozialistischen Rechtes bezeichnend ist. Die innere Entwicklung wurde von dem immer weit in die Zukunft weisenden (bzw. sich den konkreten geschichtlichen Bedingungen anpassen- den) gesellschaftsformenden Programm determiniert. Demzufolge können wir die Wege der Entwicklungsgeschichte des gegebenen Rechtstyps bzw. der perspektivischen Weiterentwicklung weder im Postulat „*historia est vitae magister*“ noch aufgrund älterer Erfordernisse angemessener historischer Perspektiven suchen. So verlagerte sich der Schwerpunkt dieser Aufgaben der modernen Rechtsgeschichtswissenschaft auf die Aufdeckung der historischen Realität des sozialistischen Rechtstyps, womit dem Verständnis einer Epoche gedient wurde, die die dem öffentlichen Denken „direktere Lehren“ bietet, als es je zuvor der Fall war.<sup>1</sup>

Die wissenschaftliche Revolution unseres Zeitalters wirft die Erwartung auf, daß die moderne Rechtsgeschichtsschreibung sich auf Erfahrungen stützen soll, welche geeignet sind, die Zukunft zu formen. Gleichzeitig wird die traditionelle Zurückhaltung zurückgewiesen, welche noch vor kurzer Zeit – wegen „mangelnden geschichtlichen Abstandes“ – die Rechtshistoriker der Pflicht enthub, die die Gegenwart direkt formenden geschichtlichen Zusammenhänge in Betracht zu ziehen. Daraus ergibt sich als Pendant zu der heute Mode gewordenen „Zeitgeschichte“<sup>2</sup> vergleichende Rechtsgeschichtsschreibung, welche die großen Rechtssysteme unserer Zeit bzw. die sog. panoramische (historische) Beschreibung der sog.



Weltrechte in den Vordergrund stellt.<sup>3</sup> Ohne den Wert dieser positiven Bestrebungen schmälern zu wollen, ist es kaum glaubhaft, daß bei uns jemand das Wesen des sozialistischen Rechtes anhand dieser Werke kennenlernen will.<sup>4</sup> Es liegt daher auf der Hand, daß, gestützt auf die theoretische Klarlegung des sozialistischen Staats und Rechtes, heute vor allem die methodische rechtsgeschichtliche Forschung die wichtige Aufgabe hat, die Entwicklung des gegebenen Rechtstyps zu prüfen.

### Merkmale der Epoche

Bei der Prüfung der Entwicklung des sozialistischen Rechtstyps in den letzten fast 50 Jahren konnten wir uns auf die wichtigsten internationalen Ergebnisse der modernen Rechtsgeschichtsschreibung<sup>5</sup> verweisen, welche einen Überblick über die konkreten historischen Prozesse der Rechtsentwicklung in den einzelnen Epochen gewährte.<sup>6</sup> Diese Möglichkeiten hören auch mit dem Eintritt in die Epoche des entwickelten sozialistischen Rechtes nicht auf, liefern aber bei weitem keine synthetisierbaren historischen Erfahrungen. Das liegt daran, daß die Entwicklung des sozialistischen Rechtstyps nach dem Ende der 50er Jahre eine qualitativ veränderte historische Phase erreichte.

Wer die Ereignisse nur von außen betrachtet, kann leicht zu der Überzeugung kommen, daß die letzten zwei Jahrzehnte der Entwicklungsgeschichte der sozialistischen Rechtssysteme den Rechtshistorikern nur marginale Betrachtungen ermöglicht. Das geprüfte objektive Material beweist als solches die Richtigkeit der Überzeugung, daß die erschließbaren geschichtlichen Prozesse sehr oft keinen Anschluß finden, daß die erforschten und analysierten Prozesse in einigen Fällen noch nicht ausgereift sind. Aber „wer kann es bezweifeln, daß die Geschichtswissenschaft – wenn überhaupt – gerade mit der Aufdeckung der jüngsten Vergangenheit der Gegenwart eine direkte Lehre erteilen kann“.<sup>7</sup> Hier liegt daher die Möglichkeit, den auf der Tagesordnung stehenden Problemen einiger Zweige des lebenden sozialistischen Rechtes mit den Mitteln der Rechtsgeschichtswissenschaft in komplexer Weise näherzukommen. Gleichzeitig können wir die auch die von den Historikern erreichten Ergebnisse in den Bereichen der Fachwissenschaft des vergleichenden Rechts, der Soziologie usw. systematisch integrieren, welche mit den historischen Prozessen der Staats- und Rechtsordnung des entwickelten Sozialismus verknüpft sind.<sup>8</sup>

Das Streben, die Epoche des entwickelten Sozialismus in geschichtlicher Hinsicht aufzuklären, ist den internationalen wissenschaftlichen Kreisen nicht neu. Im Gegenteil, es würde auch nicht unbegründet sein zu sagen, daß einige der diesbezüglichen historischen Prozesse heute schon mit der Möglichkeit in Erscheinung treten, die Ergebnisse der Teilforschung zusammenzufassen. Bei der Erforschung dieser Epoche können wir z. B. sehen, daß die Systematisierung der früheren Untersuchungen begründenden Periodisierungsforschungen<sup>9</sup> noch keinen direkten Anhaltspunkt liefern, um die Epoche des entwickelten Sozialismus anpacken zu können. Das Streben, die Ergebnisse der detaillierten Forschungen der



neuesten Zeit zusammenzufassen, bzw. die vergleichende Untersuchung des sozialistischen Rechtstyps führten jedoch zu bedeutenden Fortschritten in der Erkundung der wesentlichen historischen Prozesse dieser Periode.<sup>10</sup> Die wichtigsten geschichtlichen Anhaltspunkte der Periodisierung wurden von der Rechtsgeschichtsschreibung der sozialistischen Länder anlässlich der in Prag veranstalteten internationalen Konferenz für Rechtsgeschichte (1975)<sup>11</sup> zusammengefaßt.

Das wachsende internationale wissenschaftliche Interesse an der Epoche des entwickelten sozialistischen Rechts hat heute die Grenzen der zuständigen Forschungsbasen der sozialistischen Länder weit überschritten. In diesem Sinne wandte sich die Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften in Ost und West in den letzten Jahren mit wachsendem Interesse der jüngsten Geschichte der relevanten Rechtsverhältnisse der aufgebauten sozialistischen Gesellschaften zu und kamen nahezu einmütig zu dem Schluß, daß der geschichtliche Ausgangspunkt dieses Themenkreises in den gesellschaftlichen Erfahrungen der in der Sowjetunion vereinten Völker zu suchen ist.<sup>12</sup> Sogar der im weiteren Sinn verstandene ungarische Rechtshistorismus bleibt weit hinter den hier nur umrissenen internationalen Erfahrungen zurück. Es erscheint daher zweckmäßig, unsere Aufmerksamkeit im weiteren der Entwicklungsgeschichte der jüngsten Epoche des sowjetischen Staates und Rechtes zuzuwenden.

Die epochale gesellschaftliche Umwälzung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war für die Menschheit die große Verheißung, daß unter dem Schutz der Sowjetmacht der Übergang zur Epoche des aufgebauten Sozialismus in relativ kurzer Zeit möglich ist. Dieses edele Ziel begeisterte die aufeinander folgenden Generationen von Denkern und Volksmassen, die erzwungenen historischen Umwege (und die konkreten historischen Bedingungen) verhinderten aber bis zum Ende der 50er Jahre die Entfaltung der grundlegenden sozialökonomischen bzw. politischen Bedingungen des Überganges. Die geschichtlichen Wandlungen in der Zeit zwischen dem XX. Parteitag der KPdSU (1956) und der ersten Weltkonferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien (Moskau, 1960) ließen zuerst in der Gesellschaft der Sowjetvölker die Bedingungen für den Übergang zur Epoche des entwickelten Sozialismus heranreifen. Hierzu zählen wir natürlich die radikale Wandlung der Klassenverhältnisse der aufgebauten sozialistischen Gesellschaft, welche in der gänzlichen Liquidierung der dem Sozialismus fremden Elemente, der Herausbildung eines engen Bündnisses zwischen den beiden grundlegenden arbeitenden Klassen der sozialistischen Intelligenz der Bewältigung der örtlichen (geerbten) gesellschaftlichen Unterschiede sowie dem natürlichen Bündnis der in der Union vereinten Völker zum Ausdruck kam.

Die sich vor allem in den Gesellschaften der europäischen sozialistischen Länder abspielenden Veränderungen folgten fast gleichzeitig der Entfaltung der sozialökonomischen bzw. politischen Bedingungen des entwickelten Sozialismus. Das komplexe Heranreifen des geschichtlichen Prozesses trat jedoch zuerst in der Gesellschaft der sowjetischen Völker als historisches Modell in Erscheinung, und das war sehr oft auch mit der end-



gültigen Bewältigung des jahrhundertelangen Rückstandes verbunden. Es ist daher klar, daß diese Ergebnisse auch die Möglichkeit der Entfaltung des sozialistischen Staates und Rechtes implicite einschlossen.

Der direkte Einfluß der Epoche des entwickelten Sozialismus auf die Staats- und Rechtsordnung gelangte ferner darin zum Ausdruck, daß die Produktionsverhältnisse (besitzrechtlichen Verhältnisse) ungeteilt sozialistischen Charakter annahmen und die auf diesem Gebiet (stellenweise) auch noch nach dem Zweiten Weltkrieg unvermeidlich erscheinenden Kompromisse ausgeschaltet wurden. Die Tatsache, daß dieser Prozeß sein Ende fand, wirkte sich in der zweiten Hälfte der 50er Jahre bereits spürbar auf die Veränderung des Verhältnisses zwischen den arbeitenden Klassen aus. Die miteinander verflochtenen Merkmale wurden zugleich zu Basisfaktoren des Übergangs zur intensiven Entwicklung, der die Epoche des entwickelten Sozialismus in markanter Weise mitprägte. Eng damit verbunden waren und unvergleichliche geschichtliche Ergebnisse zeitigten die wissenschaftlich-technische Revolution, welche schon zu Beginn dieser Epoche in den Dienst der intensiven Entwicklung gestellt wurde, sowie die Entfaltung der industriell-wissenschaftlichen und der sog. agrarindustriellen Integration. Es ist verständlich, daß die Epoche des entwickelten Sozialismus nicht als „alleinstehende Produktionsmethode“ zu Tage trat, sondern schon als Stadium der „Vorbedingungen“ zu dem nicht mehr weit entfernten Kommunismus.<sup>13</sup>

In der Machtsphäre des politischen Systems erschien als gänzlich neuer Faktor der gesamtnationalen sozialistische Charakter des Sowjetstaates, der das Vorhandensein eines veränderten gesellschaftlichen Hintergrundes zum Ausdruck brachte.<sup>14</sup> Im weiteren Sinne gelangten also die Entfaltung der sozialistischen Demokratie, der Ausbau konkreter Formen der Demokratie, die koordinierte Befriedigung kleinerer oder größerer Gruppeninteressen bzw. das aktive Auftreten der breiten werktätigen Massen usw. in engen logischen Zusammenhang mit der gesamtnationalen Staatsmacht des entwickelten Sozialismus. Erstmals in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft geriet die Staatsmacht in ein Stadium, wo die innere Klassenunterdrückung als Staatsfunktion sinnlos wird. Auch die äußere (historische) Rolle des Staates im entwickelten Sozialismus erschien in wesentlich veränderter Form.

Der historische Rückblick auf das markanteste Modellsystem des sozialistischen Rechtstyps, auf die Entwicklung des Sowjetrechts in den letzten drei Jahrzehnten, bringt von vornherein die Gefahr mit sich, daß der Leser die (neue) Verfassung von 1977 als Ende der Epoche betrachtet und deshalb eine chronologische Abgeschlossenheit des von Staat und Recht im entwickelten Sozialismus zu erkennen meint. Aber auch aufgrund der genannten Merkmale ist es offensichtlich, daß keiner der die Neuartigkeit der Epoche zum Ausdruck bringenden geschichtlichen Prozesse zu Ende ist, und somit auch die Epoche des entwickelten Sozialismus nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann. In diesem Sinne ist es klar, daß die erwähnten sozialökonomischen bzw. politischen Bedingungen des Überganges sich unablässig mit neuen Elementen erweitert werden, je



mehr sie sich der behandelten Epoche nähern. Es gehört z. B. zum Wesen des entwickelten sozialistischen Rechts, daß die intensive Entwicklung mit der Suche nach neuen Möglichkeiten der Wirtschaftslenkung verbunden ist. Die Entfaltung der in den 60er Jahren auf diesem Gebiet beschleunigten Prozesse ist erst in der Zukunft zu erwarten. Dennoch wird die Rechtsordnung des entwickelten Sozialismus vielleicht am stärksten dadurch geprägt, daß das Streben der Wirtschaftslenkung nach intensiver Entwicklung und der entschieden kreative Charakter der Rechtsschöpfung in den Vordergrund traten. Wir müssen deshalb diese Merkmale in der Entwicklung der Staats- und Rechtsordnung des entwickelten Sozialismus im letzten Vierteljahrhundert systematisch verfolgen, wobei auch die beträchtlichen Verschiebungen der Schwerpunkte zu beachten sind. Ein evidentes Beispiel für letzteres ist, daß die mit der modernen sozialistischen Wirtschaft, der industriellen bzw. agrarindustriellen Integration zusammenhängenden Rechtsentwicklungsfaktoren verständlicherweise in der Rechtsentwicklung der Epoche in den Vordergrund traten.

### **Die veränderte internationale Rolle des entwickelten sozialistischen Staates**

Als die gesellschaftlichen bzw. politischen Bedingungen des entwickelten Sozialismus heranreiften, schon in den 50er Jahren, konnte man feststellen, daß die Bemühungen, den Weltfrieden zu bewahren, nicht aussichtslos sind. Zu Beginn dieser Periode sah man, daß die auf eine Eskalation des Kalten Krieges gerichteten aggressiven Bestrebungen scheiterten und sich bessere Aussichten ergaben die internationalen Probleme auf dem Verhandlungswege zu lösen.<sup>15</sup> Es entstand eine Weltsituation, in welcher weder die Ausbreitung des Sozialismus, noch der Zerfall des traditionellen Kolonialsystems mit den Waffen des Kalten Krieges verhindert werden konnte. So wurden die imperialistischen Bestrebungen den Kalten Krieg weiterzuführen relativ kurz nach der Genfer Konferenz (der Staatsoberhäupter) der Großmächte (1955) in den Hintergrund gedrängt. In Wirklichkeit aber wurzelten diese positiven Veränderungen im organisierten Auftreten der Kräfte der sozialistischen Gemeinschaft und hauptsächlich in der Entfaltung der sozialökonomischen bzw. politischen Stabilität der Sowjetmacht. Hier können wir u. a. auf die endgültige Beendigung der atomaren Erpressung, auf die erfolgreiche Lokalisierung der sog. Suez-Krise (1956), auf das Aufleben der nationalen Unabhängigkeitskämpfe in der Dritten Welt (z. B. Vereinte Arabische Republik, Irak, 1958) bzw. den Erfolg der Revolution des Volkes von Kuba (1959) verweisen. In der radikal veränderten Weltsituation entfaltete sich die Friedensoffensive der Sowjetdiplomatie, welche von den zwei aufeinander folgenden (einseitigen) Truppenreduzierungen (1957, 1960) und den die strategische Rüstung ins Gleichgewicht bringenden Ergebnisse der Wissenschaft und Technik unterstützt wurde.

Nach der Eliminierung der Fehler in Führungskreisen wurde es auch theoretisch klar, daß Lenins Friedenspolitik nicht im Gegensatz zu den



historischen Anforderungen der friedlichen Koexistenz ist.<sup>16</sup> In der radikal veränderten Weltsituation gibt es zur Entwicklung der menschlichen Gesellschaft keine Alternative. Dieser Erkenntnis entsprang die Stellungnahme der kommunistischen und Arbeiterparteien (Moskau, 1960) über die Vermeidbarkeit eines weiteren Weltkrieges, das das sozialistische Weltsystem zum entscheidenden Faktor der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wurde.

Die internationale Rolle der in die Epoche des entwickelten Sozialismus eintretenden Sowjetmacht zeigt in den 60er Jahren klar den historischen Zusammenhang zwischen der radikal veränderten Weltlage und der friedlichen Koexistenz. Beachtlich ist vor allem die außerordentliche Entfaltung der internationalen Tätigkeit des dem Aufbau des Kommunismus dienenden sozialistischen Staates, wo der Schutz der Errungenschaften der sozialistischen Gemeinschaft als Garantie der internationalen Sicherheit in Erscheinung tritt.

Der Sicherheit der Völker dienend, setzte sich die sowjetische Diplomatie mit steigendem Erfolg für die Erweiterung der zwischenstaatlichen Beziehungen und Entschärfung der militärischen Konfrontation zwischen den beiden Weltsystemen ein. So gelangte am Anfang dieser Epoche (1960) der sowjetische Vorschlag über allgemeine Abrüstung auf die Tagesordnung und zahlreiche Versuche wurden unternommen, um regionale entspannungsfördernde Abkommen vorzubereiten.<sup>17</sup> Die Atomteststoppabkommen von 1963<sup>18</sup>, der Atomsperrvertrag von 1968 und das erste SALT-Abkommen (1972) müssen als beachtliche Erfolge betrachtet werden. Diese Schritte beschränkten natürlich nicht das internationalistische Engagement des entwickelten sozialistischen Staates, das in der Abwehr der Invasion gegen Kuba (1961), der vielseitigen Unterstützung des erneuten Verteidigungskrieges Vietnams (1964–1973) oder in dem entschlossenen Auftreten für eine gerechte Lösung der Nahost-Krise (1956, 1973) usw. zum Ausdruck kam.

Die sowjetische Diplomatie bekämpfte zielstrebig alle neokolonialistischen Bestrebungen, woimmer sie auftraten; um letzte Stützpunkte des Kolonialismus zu zerstören, übernahm sie auch internationale Verpflichtungen. Dies kennzeichnet das Auftreten der Sowjetunion bei der Steigerung der Friedensrolle der UNO, bzw. beim Aufbau bi- oder multilateraler staatlicher Beziehungen, wodurch die Möglichkeiten des gesellschaftlichen Fortschrittes zunahmen und fallweise auch die Verbreitung des Sozialismus gefördert wurde. In Wirklichkeit drückt die wachsende internationale Rolle des entwickelten sozialistischen Staates den engen historischen Verflechtung von Unabhängigkeitskampf der Völker, dem Antikolonialismus und existierendem Sozialismus. Im weiteren Sinn ergibt sich daraus die Unterstützung, die die sowjetische Diplomatie dem antiimperialistischen Kampf der fortschrittlichen Kräfte und den progressiven Bestrebungen der sog. Nichtpaktgebundenen gewährte. Immer häufiger gab es Beispiele für gemeinsames Auftreten gegen die multinationalen Monopole und den Kampf für eine gerechtere Ordnung in den weltwirtschaftlichen Beziehungen.



Der Anwendung der thermonuklearen Katastrophe und Entschärfung der militärischen Konfrontation dienend, verhält die sowjetische Außenpolitik im Interesse der Beschränkung der strategischen Rüstung (1978) zu weiteren vernünftigen Kompromissen, was aber ihr internationalistisches Engagement nicht beeinträchtigte. Gleichzeitig wurden aufgrund der gemeinsamen Stellungnahme der sozialistischen Gemeinschaft (Budapest, 1969) Bestrebungen eingeleitet, welche sich europäische Sicherheitsabkommen zum Ziel gesetzt hatten. Dies führte zur praktischen Verwirklichung der in Helsinki (1973) unterzeichneten Grundsätze, als gutes Beispiel dafür, wie die übrigen Konfliktregionen mit Hilfe von vertrauensstärkenden regionalen Abkommen der Schaffung langfristiger Bedingungen für internationale Sicherheit dienen können.

Die europäischen Sicherheitsabkommen<sup>19</sup> enthalten aber nicht nur die Vertrauensfaktoren (Grundsätze) eines modernen Beziehungssystems zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Als Vorbedingung für das Zustandekommen dieser Abkommen sind nämlich jene grundlegenden Entscheidungen bekannt, welche die nach dem Zweiten Weltkrieg ungelöst gebliebenen Probleme durch bilaterale Verträge beilegten (zwischen beiden deutschen Staaten, 1972), der BRD und Polen (1970), der BRD und der CSSR (1973), bzw. zum Viermächteabkommen über Westberlin (1972) sowie einer anhaltenden Regelung der bundesdeutsch-sowjetischen Beziehungen (1970) führten. Diese Ergebnisse integrierend, setzte die neue Verfassung der Sowjetunion vom Jahre 1977 fest, daß der entwickelte sozialistische Staat „das Prinzip“ der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung konsequent zur Geltung bringt“ (Art. 28), worin die Sicherheit der Völker, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und die mit friedlichen Mitteln (durch Verhandlungen) erfolgende Beilegung von Konflikten allgemeingültig zum Ausdruck gebracht werden. Diese auch die konstitutionelle Legislation bestimmte Grundhaltung bei der Erweiterung fruchtbarer zwischenstaatlicher Beziehungen beruht auf der Erkenntnis und Zurkenntnisnahme der Realitäten unseres Zeitalters.

Offensichtlich ist also die Feststellung, daß „das kapitalistische Welt-system heute nicht mehr ausschließlich seinen eigenen inneren Gesetzmäßigkeiten unterworfen ist“<sup>20</sup>, sondern auch „das sozialistische System die kapitalistische Welt beeinflußt und sie zwingt, es in jeder Beziehung zu berücksichtigen.“ Diese radikal neue Situation wurde also in erster Linie von der veränderten internationalen Rolle des entwickelten sozialistischen Staates herbeigeführt, wodurch das sozialistische Weltssystem unwider-rufbar zu einem Faktor der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft in der Geschichte der neuesten Zeit wurde.<sup>21</sup>



### Neue Möglichkeiten des nationalen Staatenaufbaus in der Epoche des entwickelten Sozialismus

Zu Beginn der Epoche des entwickelten Sozialismus entfaltete sich in der zweiten Hälfte der 50er Jahre der Säuberungsprozeß, welcher sich hauptsächlich nach dem XX. KPdSU-Parteitag in der Sphäre des nationalen Staatenaufbaus beschleunigte. Dieser Prozeß stand in unmittelbarem Zusammenhang mit den Streben, die Führungsfehler zu korrigieren, was damit verbunden war, das die inhaltlichen Aufgaben des sozialistischen nationalen Staatenaufbaus in den Vordergrund gelangten. In diesem Sinne wird auf die Ausdehnung der die Rechtsschöpfung der Republiken bzw. den Vollzug in den Republiken und autonomen Gebieten betreffenden Machtbefugnisse (1957) sowie auf die Rationalität der in den Wirkungsbereich der Republiken verwiesenen territorialen Umorganisation in der Jahren unmittelbar vor dem XXI. KPdSU-Parteitag (1959) hingewiesen. Diese Änderung betrachtend<sup>22</sup>, fällt uns nicht die zusätzlich erhöhte Zahl der neuen republikanischen Staatengebilde auf<sup>23</sup>; sondern die Tatsache, daß der staatsrechtliche Rahmen ausgefüllt und die sich aus den früheren Führungsfehlern ergebenden Widerspruch bewältigt wurden. Die Aufmerksamkeit, welche die wesentlichen Fragen des nationalen Staatenaufbaus begleitete, verminderte sich auch beim Eintritt in die Epoche des entwickelten Sozialismus nicht. Offenbar war es darauf zurückzuführen, daß, nachdem sich die ungeteilt sozialistische geprägte Gesellschaft ausgebildet hatte, im Verhältnis der in der Union vereinten Völker sowie in der Modernisierung der mit gesamtinternationalen Merkmalen bereicherten Staatstätigkeit neue Möglichkeiten heranreiften. Die erfolgreiche Bildung einer einheitlich sozialistisch geprägten Gesellschaft in der Epoche des entwickelten Sozialismus bzw. die radikale Beseitigung der die verschiedenen Gebiete der Wirtschaft kennzeichnenden (historischen) Unterschiede des Entwicklungsniveaus brachten von vornherein neue Möglichkeiten für den nationalen Staatenaufbau mit sich. Der XXIV. KPdSU-Parteitag (1971) betonte nicht zufällig in seiner Zusammenfassung der gesellschaftlichen Erfahrungen des ersten Jahrzehntes des entwickelten Sozialismus, daß die historische Annäherung der in der Union vereinten Völker und Nationen (ihre Verschmelzung zu einer Einheit) als eines der wichtigen Merkmale des entwickelten Sozialismus auch auf dem Gebiet des sozialistischen nationalen Staatenaufbaus eine neue Epoche bedeutet<sup>24</sup>. Die Annäherung zwischen den Völkern des aufgebauten Sozialismus bedeutete aber keine Lockerung der föderativen Bindungen, sondern in Gegenteil, indem sie die Ausbreitung der Demokratie der nationalen und Nationalitätenautonomien, eine effektivere Erweiterung ihrer Funktionen oder gar eine Modernisierung der nationalen (und Nationalitäten-) Vertretungsrechte<sup>25</sup> usw. erforderte, sicherte sie die Stabilität der Sowjetmacht für ein weiteres Vierteljahrhundert.

Bei der Prüfung der inhaltlichen Entfaltung des sozialistischen nationalen Staatenaufbaus in der Periode des entwickelten Sozialismus müssen



wir auf die historische Feststellung des XXIV. KPdSU-Parteitages hinweisen, wonach die Gestaltung der Geschichte der neuesten Zeit durch das natürliche Bündnis von drei grundlegenden revolutionären Faktoren unserer Zeit – dem existierenden Sozialismus, der internationalen Arbeiterbewegung und den nationalen Befreiungskräften – dauerhaft beeinflusst werden kann. Diese Erkenntnis als ein für die gesellschaftliche Stabilität des entwickelten Sozialismus entscheidendes Element behandelnd, wurde die Modernisierung der Sowjetmacht stets auf der Tagesordnung gehalten.

In wirklichkeit entfalteten sich die neuen Möglichkeiten des sozialistischen nationalen Staatsaufbaues schon am Anfang der Epoche des entwickelten Sozialismus, nachdem die die Souveränität der Unionsrepubliken festigenden Befugnisse durch die historischen Entscheidungen des XX. KPdSU-Parteitages erweitert wurden. Kurz nach den genannten Maßnahmen bekamen die in der Union vereinten Sowjetrepubliken gesetzliche Garantien (1959) für die selbständige Ausübung der das Budget (Staatshaushalt) betreffenden Rechte<sup>26</sup>. Oberste Hüter der wachsenden finanziellen Selbständigkeit wurden die Obersten Sowjets der Republiken, die aufgrund der jährlichen Budget-Gesetze auch die Finanzen der Autonomen bzw. der örtlichen Sowjets beaufsichtigten. Die sich gleichzeitig entfaltende Legislation der Republiken<sup>27</sup>, wurde später durch die gesetzliche Regelung der Geldstrafen (sakonodatel'stwo o schtrafach) ergänzt (1961).

Hauptsächliche in der Sphäre der örtlichen Wirtschaftslenkung machten sich in der ersten Hälfte der 60er Jahre noch Hindernisse bemerkbar<sup>28</sup>; aufgrund der Beschlüsse der Plenarsitzung der KPdSU vom Oktober 1964 nahm jedoch der sozialistische nationale Staatsaufbau einen neuen Aufschwung. Es wurde z. B. gesetzlich festgelegt (1965), daß die Republiken befugt sind, zur Lenkung einzelner Wirtschaftszweige Fachministerien bzw. andere zentrale Oberbehörden zu schaffen<sup>29</sup>. Gleichzeitig traten umfassende Regelungen für die Übertragung von wirtschaftlichen bzw. kulturellen Verwaltungsaufgaben in die erweiterte Kompetenz der Republiken in Kraft.<sup>30</sup> Im Ergebnis gelangten – mit Ausnahme der Produktion der Rüstungsindustrie – z. B. allgemein die Investitionen und Planung, das Finanz- und Arbeitswesen in die Kompetenz der Republiken.<sup>31</sup>

Die inhaltliche Entfaltung des sozialistischen nationalen Staatsaufbaus stand offenbar in engem Zusammenhang mit der Modernisierung der Befugnisse des Obersten Sowjets der Union, die im Zuge der Beschlüsse des XXIII. Parteitages der KPdSU (1966)<sup>32</sup> beschleunigt wurde. Die ständigen Ausschüsse des Obersten Sowjets gliederten sich nach den erweiterten Kompetenzen der Republiken, und vor allem die Aktivitäten der ständigen Ausschüsse des Nationalitätensowjets erfuhren eine Erweiterung. Dieser Fortschritt kam auch in der Notwendigkeit zum Ausdruck, die Satzung für die ständigen Ausschüsse des Unions- bzw. des Nationalitätensowjets (1967) zu erneuern<sup>33</sup>. Aufgrunddessen wirkte sich hauptsächlich die Tätigkeit des Ständigen Wirtschaftsausschusses des Nationalitätensowjets unmittelbar auf die Entfaltung des nationalen Staatsaufbaues aus aber auch in der Arbeit der neuorganisierten ständigen Ausschüsse für Unterricht,



Kultur bzw. später auch für Jugendfragen (1968) lagen bedeutende Entwicklungsmöglichkeiten.

Als weitere bedeutende Komponente dieses Prozesses ist bekannt, daß in der zweiten Hälfte der 60er Jahre eine umfassende Dezentralisation, hauptsächlich der exekutiven Machtbefugnisse, begann. So kamen z. B. die Industrialisierung, der Massenwohnungsbau und allgemein Investitions- und Finanzierungsangelegenheiten im Bereich der Infrastruktur in die Kompetenz der Republiken (1967). Ähnlich rationelle Schritte wurden zur Schaffung örtlicher ökonomischer Anreize unternommen, bzw. im weiteren Sinne zur Erschließung spezieller Möglichkeiten der ökonomisch-kulturellen Verwaltung. In Wirklichkeit kamen in den beiden letzten Planjahrfünft<sup>34</sup> und hauptsächlich im Zuge der Beschlüsse des XXV. KPdSU-Parteitages auch die Möglichkeiten der Modernisierung der Wirtschaftslenkung an die Oberfläche.<sup>35</sup>

Die neuen Möglichkeiten des sowjetischen Aufbaues machten sich konzentriert in der Entfaltung des republikanischen bzw. des autonomen nationalen staatlichen Lebens bemerkbar. Aus staatsgeschichtlichem Gesichtspunkt besonders bedeutend ist die ständige Vervollkommenheit der republikanischen Rechtsschöpfung, die durch den Grundnormenerlaß im letzten Jahrzehnt<sup>36</sup> sichtlich erweitert wurde. Die Dezentralisierung der exekutiven Machtbefugnisse führte zur Bereicherung der operativen Verwaltungstätigkeit in den Republiken, während die Möglichkeiten der unmittelbaren Selbstverwaltung durch das Volk hauptsächlich in der Modernisierung der Arbeit der örtlichen Sowjets in Erscheinung traten. Bei einer Prüfung der Entwicklung der staatlichen Struktur werden wir feststellen können, daß sich all dies in der Epoche des entwickelten Sozialismus durch eine wachsende Reputation der staatlichen Tätigkeit in den Gremien und eine erhöhte Rolle der Volksvertretungsorgane kennzeichnet.<sup>37</sup> Die neue sowjetische Verfassung vom Jahr 1977 unterstützte mit der Kraft einer Rechtsquelle oberster Ordnung diesen entwicklungsgeschichtlichen Kurs und deklarierte die Errungenschaften des sozialistischen nationalen Staataufbaus als Ausdruck der staatlichen Souveränität.<sup>38</sup> Auch aus dem Gesichtspunkt der noch lange nicht erschöpften Möglichkeiten des nationalen Staataufbaus ist es zweckmäßig, die neue sowjetische Verfassung als festen Bestandteil der Epoche zu betrachten.

### Die Verfassung des entwickelten Sozialismus

Schon zur Zeit des Entstehens der sozialökonomischen bzw. politischen Bedingungen des entwickelten Sozialismus schien die Schaffung einer neuen sowjetischen Verfassung unbedingt notwendig.<sup>39</sup> U. a. begründeten dies die Änderung zahlreicher Bestimmungen der früheren Verfassung (1936), der Eintritt der Sowjetgesellschaft in eine unzweifelhaft höhere Entwicklungsphase und zahlreiche andere Faktoren. Die ständige Bereicherung der diese Periode kennzeichnenden historischen Prozesse und die für eine Lösung reifen Aufgaben veranlaßten jedoch die Hüter der Sowjetmacht zu einer auch zeitlich ausgedehnten Prüfung der gesellschaftlichen



Erfahrungen. Zweifellos wirkten auch die Faktoren der intensiven Entwicklung, Möglichkeiten zur Entfaltung der sozialistischen Demokratie bzw. im weiteren Sinne auch die dynamischen Veränderungen der die Epoche des entwickelten Sozialismus charakterisierenden internationalen Umstände in dieser Richtung. Es ist also nicht davon die Rede, daß die Schöpfer der neuen sowjetischen Verfassung bestrebt gewesen wären, eine die Epochengrenze markierende, die genannten historischen Prozesse zusammenfassende staatsrechtliche Kodifikation zu schaffen. Dies wird durch die Tatsache bewiesen, daß auch die neue, auf den Erfahrungen von zwei ganzen Jahrzehnten des entwickelten Sozialismus beruhende Verfassung selbst die Entfaltung und Bereicherung der angeführten historischen Prozesse „auf dem Weg zum Kommunismus“ voraussetzte<sup>40</sup>. Die Konstituierenden mußten aber bei der Erarbeitung der neuen staatsrechtlichen Grundnormen die Erfahrungen der sozialistischen Gemeinschaft, hauptsächlich der sich zur Epoche des entwickelten Sozialismus aufschließenden Völker berücksichtigen.<sup>41</sup> In Wirklichkeit hatte sich die Sowjetmacht die früheren Entwicklungserfahrungen der sozialistischen Gemeinschaft ununterbrochen vor Augen gehalten, und diese Erfahrungen kamen auch in der wiederholt mit den Veränderungen ergänzten sowjetischen Verfassung (1972) zum Ausdruck<sup>42</sup>. Die Erfahrungen der neuen Epoche der sich auf zwei Kontinenten entfaltenden sowjetischen Gesellschaft zeigten jedoch in den 70er Jahren, daß der Abschluß der vorbereitenden Arbeiten keinen Aufschub duldet.

Die historische Existenzberechtigung<sup>43</sup> der neuen Sowjetverfassung entspringt den als Merkmalen des entwickelten Sozialismus genannten gesellschaftlich-wirtschaftlichen Ergebnissen, der Entfaltung des gesamt nationalen Charakters der Sowjetmacht bzw. dem Umstand, daß der Aufbau des Kommunismus in greifbare Nähe gelangte. Zu den inneren Voraussetzungen ist auch die radikale Veränderung der Beziehungen zwischen den Sowjetvölkern und die daraus erwachsende Entfaltung des nationalen Staatenaufbaus zu zählen. Es ist daher kein Zufall, daß die Verfassung des entwickelten Sozialismus nicht in Richtung auf einen Verzicht auf die nationale Souveränität weist, sondern im diametrischen Gegensatz dazu die Ausdehnung der souveränen Rechte der Unionsrepubliken (Art. 81) verankert<sup>44</sup>. Auffällig ist, daß die neue Verfassung den erreichten Ergebnissen der Demokratie der Sowjetmacht und der Modernisierung von Staatsstruktur und Lenkungssystem eine auch im rechtsdogmatischen Sinne ausgearbeitete Form gab<sup>45</sup>. Damit bildete aber auch schon die Vollzugs- und Verfügungstätigkeit der gesamt nationalen Staates das Objekt der konstitutionellen Legislation<sup>46</sup>, die neue Verfassung stellte also auch im materialrechtlichen Normsystem der sowjetischen Staatsverwaltung die konstitutionelle Regelung in den Vordergrund. Daraus ergeben sich offenbar mit der erhöhten Verantwortung der Staatsverwaltung verbundene Garantien zum Schutz der Interessen des Einzelnen, kleinerer und größerer Gruppen bzw. der gesamten Gesellschaft.

Die Neuartigkeit der Verfassung des entwickelten Sozialismus prüfend, fällt uns als Erstes der wesentlich veränderte strukturelle Aufbau des Grundgesetzes von 1977 auf. Diese Veränderung entsprang nicht der er-



höhten Anzahl der in Artikel gefaßten Thesen, sondern der wesentlichen Verlagerung der Schwerpunkte und dem Anspruch auf eine moderne Rechtsdogmatik. Vor allem aus dem Kapitel „Grundlagen der Gesellschaftsordnung und Politik der UdSSR“ (I) können wir das ersehen, das nicht nur für die Grundinstitutionen der wirtschaftlich-politischen Ordnung, sondern auch für die soziale Entwicklung und Kultur sowie für die internationale Rolle und den Schutz der Sowjetmacht eine in selbständige Kapital gegliederte staatsrechtliche Regelung traf<sup>47</sup>. Ein neuartiges Herangehen an das Verhältnis zwischen dem Einzelnen und dem gesamtationalen Staat bedeuten die besonders wichtigen Kapitel über die sowjetische Staatsbürgerschaft sowie über die Grundrechte (Freiheitsrechte) und Pflichten der Staatsbürger,<sup>48</sup> die im Gegensatz zum formellen (bourgeois) Verständnis der Freiheitsrechte den Schwerpunkt auf die Garantien der Verwirklichung legten.<sup>49</sup> Es ist in diesem Sinne ein unbestreitbares Positivum der Verfassung des entwickelten Sozialismus, daß sie die garantierten Freiheitsrechte als Möglichkeiten zur Entfaltung des Einzelnen verankerte und für jeden Verstoß dagegen (sei es von Seiten eines Staatsorgans oder-beamten) richterlichen Rechtsschutz sichert.<sup>50</sup> Gleichzeitig bewahrte die Verfassung von 1977 auch die präzise Regelung der das veränderte Verhältnis zwischen individuellen und allgesellschaftlichen Interessen zum Ausdruck bringenden Pflichten der Staatsbürger, ergänzte diese jedoch z. B. mit dem auf Freundschaft und Zusammenarbeit der Völker gerichteten internationalistischen Engagement (Art. 99).

Neben der substantiellen staatsrechtlichen Regelung der die Union, die föderativen und autonomen Republiken, die autonomen Gebiete, die Kreise betreffenden Struktur<sup>51</sup> erfolgte in der sowjetischen Verfassung von 1977 ferner eine auch den Ansprüchen der Wissenschaft gerecht werdende Regelung der Volksvertretungsordnung,<sup>52</sup> der Organisation der obersten Staatsmacht und Verwaltung der Union bzw. der Unionsrepubliken,<sup>53</sup> Dem Teil III, der die Entfaltung des sozialistischen nationalen Staatsaufbaus enthält, folgt die Regelung der organisatorischen und juristischen Garantien der Volksvertretungsrechte, in der z. B. die unbedingte Unterordnung der Staatsverwaltungsorgane unter den Rat der Volksvertreter (Art. 93) vorgeschrieben wird, Ähnliche Ziele standen aber auch hinter dem Streben nach einer verfeinerten staatsrechtlichen Regelung der Rechenschaftlegungsflucht (bzw. Abberufbarkeit) der Abgeordneten (Art. 94, 103–107).<sup>54</sup> Diese Bestimmungen sind meist nicht neu, denn schon aufgrund der staatsrechtlichen Inkorporationen der Epoche des entwickelten Sozialismus (1962, 1972) sowie der früheren Legislation über den Status der Delegierten der Sowjets<sup>55</sup> wurde eine solche Modernisierung der Sowjetmacht zur staatsrechtlichen Praxis. Die neue sowjetische Verfassung gab jedoch – indem sie diese Errungenschaften zu einem System zusammenfaßte – einen direkten Ansporn zur Erweiterung der Demokratie des öffentlichen Lebens.

Letztlich darf es nicht außer Acht gelassen werden, daß die Verfassung des entwickelten Sozialismus den Ausbau der staatsrechtlichen Garantien der sozialistischen Gesetzlichkeit mit größerem Nachdruck als je zuvor in



den Vordergrund stellte. Die wichtigsten Bestimmungen der Verfassung von 1977 gelten in diesem Sinne neben der Systematisierung der die Fortschritte der sowjetischen Rechtsprechung in den letzten beiden Jahrzehnten begründenden Errungenschaften (VII. – Justizwesen), der Rechtslage der Persönlichkeit, der Sicherung der vielseitigen Entfaltung der Persönlichkeit (II. – Staat und Individuum) bzw. der Regelung der Grundinstitutionen des politischen Systems.<sup>56</sup> So ist es klar, daß die Verfassung des entwickelten Sozialismus – der Entfaltung der Menschenwürde, der Bewahrung der nationalen und universalen kulturellen Werte bzw. der Stabilität des sozialistischen Rechtstyps dienend – weltgeschichtliche Bedeutung erwarb.

## FUSSNOTEN

<sup>1</sup> Wie ein Repräsentant der ungarischen Geschichtsschreibung in bezug auf die Geschichte des aufgebauten Sozialismus bemerkte, „hat keine frühere Epoche so viele direkte Lehren geliefert“. S. Pach, Zs. B.: Történetírás és tudatformálás (Geschichtsschreibung und Bewußtseinsformung) in: Történetiszemlélet és történettudomány, Budapest, 1977, 84 p.

<sup>2</sup> „Zeitgeschichte“, „histoire contemporaine“. S. ders.: Új történelmünk, új történetírásunk (Neue Geschichte, neue Geschichtsschreibung), loc. cit. (1977) 551 p.

<sup>3</sup> S. als solche Wignmore, J.: A panorama of world's legal systems (1928) – ein Dreibändwerk; Seagle, W.: The Quest for Law (New York, 1941) – deutsche Ausgabe: Weltgeschichte des Rechts. München und Berlin, 1958; David, R.: Les grands systèmes de droit contemporains (Übersetzung nach der 5. Ausgabe: Die großen Rechtssysteme unserer Zeit, Budapest, 1977) usw. Vergl.: Schnitzer, A.: Vergleichende Rechtslehre, Basel, 1945, 64, 76 p. und vom Verfasser: Tudománytörténeti és módszertani kérdések (Fragen der Wissenschaftsgeschichte und Methodik). Budapest, 1974, 327 – 328, 435 – 436 p.

<sup>4</sup> Imre Szabó sagt es treffend in seiner Einleitung zum angeführten Werk von René David. (1977), 10 p.

<sup>5</sup> Bzw. das rechtsgeschichtliche Quellenwerk.

<sup>6</sup> Auf die Vorstudien zurückverweisend, s. Horváth, P.: A szocialista jog kialakulásának a történelmi tapasztalatai (Historische Erfahrungen des Entstehens des sozialistischen Rechts). In: Jogtudományi Közlöny, Jg. XXXV. (1980), Heft 5, 317 – 324 pp. und ders.: A szovjet állam fejlődése (Entwicklung des sowjetischen Staates). In: Állam és Igazgatás, Jg. XXX. (1980), Heft 1, 22 – 25 pp.

<sup>7</sup> Wenn es nämlich wahr ist, „daß für historische Forschungen so viel Zeit vergangen, sein muß, daß die untersuchten Prozesse ablaufen konnten, ist es wenigstens ebenso wahr, daß die Geschichtsschreiber der letzten Jahrzehnte eine Epoche erforschen, in der eben die jahrhundertlangen Prozesse unserer Geschichte abließen und in der historische Entwicklungen vorangegangener Zeiten gipfelten.“ S. die treffenden Bemerkungen bei Pach, Zs. P.: Új történelmünk, új történetírásunk (Neue Geschichte, neue Geschichtsschreibung) loc. cit. (1977), 551 – 552 pp.

<sup>8</sup> Deshalb verlagert sich der Schwerpunkt auch in unserer Dokumentation von Fall zu Fall auf die im Bereich der wichtigsten Rechtszweige bekannten neuesten wissenschaftlichen Ergebnisse bzw. auf die häufige Anführung des Rechtsquellenmaterials der betroffenen historischen Prozesse.

<sup>9</sup> S. Fedossejew, A. S.: K woprossu o periodizacii istorii sowjetskogo gosudarstwa i prawa. = SGP Jg. 1958, Heft 9, 33 – 43 pp.

<sup>10</sup> S. z. B. die angeführten Forschungen von Pruša-Oldrich (Dějiny sovětského státu a práva. Praha, 1967, 259 p.), die bis zur Mitte der 60er Jahre die Rechtsgeschichte des entwickelten Sozialismus begleiteten, oder das Werk von Meder, W.: (Das Sowjetrecht. Grundzüge der Entwicklung 1917 – 1970) (1971). Eine noch umfassendere Systematisierung s. in: Istorija gosudarstva i prava SSSR. Tschast' II. (Moskau, 1971), 370 – 427 pp. bzw. Dějiny státu a práva socialistického krajin (Univ. Komenského, Bratislava, 1971, 199 p.), welches



Werk eine vergleichende Untersuchung der europäischen Formen des entwickelten Sozialismus schon auf einer breiteren Skala ermöglicht.

<sup>11</sup> S. Doležal, M.: Hlavní etapy vyvoje socialistického státu a práva. In: Vznik a vyvoj socialistického práva. Zusammengefasst von: Maly, K. I. Část. Praha, 1976, 11 – 29 pp.

<sup>12</sup> S. Narotschizkij, A. L.: Forschungsprobleme der Geschichte der UdSSR. = Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 27 (1979), Heft 4, 316–319 pp. Vergl. Balogh, I.: A fejlett szocialista társadalom jellemző vonásait kutató csoport középtávú kutatási terve. (Mittelfristiger Forschungsplan der die charakteristischen Züge der entwickelten sozialistischen Gesellschaft erforschenden Gruppe) = Társadalomtudományi Közlemények, Jg. 1978, Heft 4, 136 – 137 pp.

<sup>13</sup> S. die charakteristischen Züge der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, loc. cit. (1978), 134 – 135 pp. Vergl. Kurnosow, Ju. A.: Ismenenija w sozial'noj strukture USSR w uslowijach raszitogo szocializma. = Istoriya SSSR, Jg. 1979, Heft 4, 19 – 36 pp.; Dmitrenko, W. P. – Tjurina, A. P.: Sostojanie Sadatschi raszabotki problem raszitogo szocializma, ebenda Jg. 1979, Heft 1, 244 – 248 pp. Aus der neuesten Handbuchliteratur s. Manor, G. W.: Postrojenie kommunizma – wyschaja zel' sowjetskogo gossudarstwa. Moskau, 1978; Auf dem Weg des Aufbaus des Kommunismus in der Sowjetunion, 1959 – 1970. (Übersetzt von T. Dani usw. Budapest, 1972) bzw. das Werk von Kasch'janenko, W. I.: Raszitog szocializma: istoriografija i metodologija problemy (Moskau, 1976), das den literarischen und methodologischen Hintergrund der Frage zugänglich macht.

<sup>14</sup> Es war also kein Zufall daß dieses Merkmal in die Präambel der neuen sowjetischen Verfassung von 1977 aufgenommen wurde. S. Takács, I.: A szocialista alkotmányfejlődés és az új szovjet alkotmány (Die sozialistische Verfassungsentwicklung und die neue sowjetische Verfassung). In: A szocialista alkotmányfejlődés és a Szovjetunió új alkotmánya. Ausgabe der Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaften der Eötvös-Loránd-Universität, Budapest, 1977, 33 – 34 pp. – Vergl. Berényi, S.: A szovjet államigazgatási rendszer fejlődésének az alkotmányos alapjai (Konstitutionelle Grundlagen der Entwicklung des sowjetischen Staatsverwaltungssystems). Ebenda (1977), 182 p.; Senjauskij, S. L.: Sozial'naja struktura sowjetskogo obscseschestwa w uslowijach raszitogo szocializma. = Istoriya SSSR Jg. 1981, Heft 1 – 2, 3 – 26 p.

<sup>15</sup> Bezüglich der Vorgeschichte s. auch: A szovjet állam fejlődése (Entwicklung des sowjetischen Staates), loc. cit. (1980), Heft 1, 25 – 30 pp. Vergl. auf grund der Synthese: Krisis mirownego kapitalizma. (Red. W. P. Komlew und S. I. Gubarewitsch, Minsk, 1969).

<sup>16</sup> Was schon in den 20er Jahren in der internationalen Tätigkeit des Sowjetstaates zum Durchbruch gelangte. S. Prandler, Á.: A szovjet külpolitika alapelvei az új alkotmányban (Grundsätze der sowjetischen Außenpolitik in der neuen Verfassung). In: A szocialista alkotmányfejlődés és a Szovjetunió új alkotmánya. Loc. cit. (1977), 103 – 106 pp.

<sup>17</sup> S. aufgrund der einschlägigen geschichtlich-rechtsgeschichtlichen Quellen (z. B. Istoriya SSSR w dokumentach i illusztracijach (1917 – 1971). Zusammengefasst von G. W. Winogradow usw., Moskau, 1973, 305 – 318 pp.; Handbuch der Verträge 1871 – 1964. Verträge und andere Dokumente aus der Geschichte der internationalen Beziehungen. H. Stoeker, Berlin, 1968, 654 – 787 pp.

<sup>18</sup> In denen sich die Sowjetunion, die USA und Großbritannien verpflichten, Kernwaffentests im Weltraum, in der Luft und unter Wasser einzustellen, und den Beitritt anderer Atomkräfte befürworteten.

<sup>19</sup> S. zum Beispiel aufgrund der Arbeit von Masarow, W. A.: Prinzipy Helsinki – principy sotrudnichestwa gossudarstw Ewropy (SGP Jg. 1976, Heft 9).

<sup>20</sup> S. die treffende Feststellung bei Pach, Zs. P.: A Szovjetunió történelmi szerepe (Die historische Rolle der Sowjetunion). In: Történetiszemlélet és történettudomány. Budapest 1977. 243 pp.

<sup>21</sup> Aus staatsrechtlicher Sicht ist es nicht nur ein symbolischer Faktor, daß die Sowjetmacht mit der Gründung der Verdienstordens „für die Völkerfreundschaft“ (1972) auch außerhalb der Grenzen der Sowjetunion das oft besondere Hingabe erfordernde Streben unterstützte, das erfolgreich dazu beiträgt, die internationale Sicherheit unseres Zeitalters voranzubringen. Vergl. Ob utschreschdenii ordena Druschby narodow. Ukas Presidiuma Werchownoja Sowjeta SSSR ot 17 dekabrja 1972 g. In: Obrasowanie i raszitie sojusa sowjetskich szocialisticheskich respublik, Sbornik dokumentow. Zusammengefasst von N. T. Samenkow, Moskau, 1973, 690 – 691 pp.



<sup>22</sup> S. als Vorstudie: A szovjet állam fejlődése. (Entwicklung des sowjetischen Staates) loc. cit. (1980) 25, 34–35 pp.

<sup>23</sup> Im Gegenteil, mit der Erklärung der 16. (Karelofinnischen) Sowjetrepublik zu einer autonomen Republik (1957), wurde gerade in der untersuchten Epoche der Ausbau der in der Union vereinten Sowjetrepubliken abgeschlossen.

<sup>24</sup> S. die diesbezügliche geschichtliche Analyse aufgrund des Werkes Materialy XXIV. S'esda KP (Moskau, 1971). Vergl. aufgrund der den nationalen Staataufbau des entwickelten Sozialismus analysierenden Werke: Istorija nazional 'no-gossudarstvennogo stroitel'stwa SSSR (I, II. Moskau, 1970); Slatopolskij, D. L.: Obrasowanie SSSR kak sojusnogo gossudarstva. Moskau, 1972. Bzgl. der Anfänge des einschlägigen Interesses der sowjetischen Rechtsliteratur s. Manelis, B. L.: Edinstwo suvereniteta Sojusa SSR i suvereniteta sojusnyh respublik w period 'raswernutogo stroitel'stwa kommunizma. = SGP Jg. 1964, Heft 7, 17–26 pp.

<sup>25</sup> Über die neuen Richtungen des sozialistischen nationalen Staataufbaus s. Istorija gossudarstva i prava SSSR. Tschast' II (1971), 374 pp.

<sup>26</sup> S. in diesem Sinne O bjudschetnyh prawach Sojusa SSSR i sojusnyh respublik. Sakon, 30 oktjabrja 1959 g. Vergl. Obrasowanie i raswitii (1973), 576–584 pp.

<sup>27</sup> Was die Realisierung der sich in den einzelnen Rechtszweigen entfaltenden Kodifikationsarbeit bedeutete. S. in diesem Sinne z. B. aufgrund der Legislationsanforderungen des neuen Gesetzes über die Gerichtsorganisation (1958) bzw. des Erlasses neuer straf-, material- und verfahrensrechtlicher Grundnormen. Vergl. ebenda (1973) 560–576 pp.

<sup>28</sup> Die diesbezüglichen Fehler s. später bei der Analyse der örtlichen bzw. wirtschaftlichen Verwaltung.

<sup>29</sup> Das Gesetz setzte diesem Streben nur aufgrund der Zahl der zu dem gegebenen Zweig gehörenden Unternehmen bzw. der Größe des Produktionsvolumens Grenzen.

<sup>30</sup> S. aufgrund O peredatsche dopolnitel'no na reschenie Sowjetow Ministrow sojusnyh respublik woprossow chosjajstvennogo is kul'turnogo stroitel'stwa. Poloschenie 4 oktjabrja 1965

<sup>31</sup> Charakteristisch ist z.B., daß die Republiken auch die Befugnis erhielten, Rekonstruktionen der einzelnen Industriezweige bzw. Aufschlüsselungen von Planvorschlägen zu initiieren.

<sup>32</sup> S. später im Zuge der Entwicklungsgeschichte der Legislative.

<sup>33</sup> S. Poloschenie o postojannyh kommissijach Sowjeta sojusa is Sowjeta Nazionalnostej, 12. Okt. 1967.

<sup>34</sup> Es geht um den Zeitraum 1971–76 bzw. die Zeit des 10. Fünfjahrplans (1976–80).

<sup>35</sup> S. Nagy, T.: A szovjet alkotmány és a pénzügyi törvényhozás (Sowjetische Verfassung und Finanzlegislation). In: Szocialista alkotmányfejlődés (1977), 218–219 pp.

<sup>36</sup> Hier ist die Rede von der sich im Zuge der das Familienrecht und Bodenrecht (1968), das Gesundheitsrecht (1969) und das Arbeitsrecht (1970) betreffenden Grundnormen entfaltenden Kodifikation in den Republiken. S. Obrasowanie i raswitii (1973), 641–643, 645–652, 663–671 pp.

<sup>37</sup> Diese Merkmale wurden also mit Recht vom Repräsentanten des ungarischen Staatsrechts unterstrichen. S. Kovács, I.: A szocialista alkotmányfejlődés új elemei. (Neue Elemente der sozialistischen Verfassungsentwicklung) (1962), 271–272, 298 pp.

<sup>38</sup> S. A Szovjet Szocialista Köztársaságok Szövetségének Alkotmánya (Alaptörvénye). Elfogadta a SZSZKSZ Legfelsőbb Tanácsának soron kívüli hetedik ülészaka, 1977. október 7-én (Verfassung (Grundgesetz) der UdSSR, Angenommen von der siebten, außerordentlichen Sitzungsperiode des Obersten Sowjets der UdSSR am 7. Oktober 1977, Budapest, 1977, 27–28 pp.

<sup>39</sup> S. O wyrabotke projekta nowoj konstituzii SSSR. Postanowlenie Werchownogo Sowjeta SSSR 25 aprelja 1962 g. Vergl. Wedomosti Werchownogo Sowjeta SSSR. (1962) Heft 17, 182 p.

<sup>40</sup> S. Praambel. A Szovjet Szocialista Köztársaságok Szövetségének Alkotmánya (Alaptörvénye). (Verfassung (Grundgesetz) der UdSSR) loc. cit. 1977, 6 p.

<sup>41</sup> „... unter Berücksichtigung der internationalen Lage der UdSSR als Bestandteil des sozialistischen Weltsystems“, heißt es in der neuen Verfassung. S. loc. cit. (1977) Präambel 7 p. Vergl. auch mit dem Text von Kapitel I, Art. 30. Darauf verwies auch L. Breschnew in einem Vortrag, als er sagte: „Im Text des Entwurfs zur neuen Verfassung der Sowjetunion spiegeln sich in irgendeiner Form auch die charakteristischen Momente der Verfassun-



gen der Bruderstaaten wider, wie auch die Verfassungen dieser Länder die früheren Erfahrungen der sowjetischen Legislation enthalten.“ S. A Szovjet Szocialista Köztársaságok Szövetsége Alkotmányának (Alaptörvényének) tervezetéről és a tervezet országos megvitatásának eredményeiről. Előadói beszéd az SZSZKSZ Legfelsőbb Tanácsának soron kívüli hetedik ülészakán. (Über den Entwurf zur Verfassung (Grundgesetz) der UdSSR und die Ergebnisse der landesweiten Diskussion über den Entwurf. Vortrag auf der außerordentlichen, siebten Sitzungsperiode des Obersten Sowjets der UdSSR.) 4. Oktober 1977, Uschgorod – Budapest, 1977, 18 p.

<sup>42</sup> S. Text Konstituzii SSSR dajetsja so wsemi ismenenijami i dopolnenijami. In: Obbrasowanie i raswitii (1973), 699 – 716 pp.

<sup>43</sup> S. aufgrund der einschlägigen umfassenden Arbeiten Konstituzija raswitogo socialisma. (Red. D. A. Kerimow, Moskau, 1979); Kurtafin, G. E. – Scharif M. A.: Novaja Konstituzija SSSR (Moskau, 1979); Toporin, B.: Nowaja konstituzija sowjetskogo gossudarstwa (Moskau, 1980).

<sup>44</sup> Implizite ein wichtiger Bestandteil der neuen Verfassung (III – National-staatliche Organisation der UdSSR) und besonders Kapitel 9 (die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken) spiegeln diese Feststellung wider, die in Art. 80 auch in Bezug auf die Kontaktaufnahme mit dem Ausland, den Abschluß von Verträgen, den Austausch von diplomatischen und konsularischen Vertretungen definiert wird. S. loc. cit. (1977), 25 – 28 pp. Vergl. Prandler, A.: A szovjet külpolitika alapelvei az új alkotmányban. (Die Grundsätze der sowjetischen Außenpolitik in der neuen Verfassung In: A szocialista alkotmányfejlődés (1977), 118 – 119 pp.

<sup>45</sup> Konkret auf den Errungenschaften des fortgeschrittenen Sozialismus aufgebaut. S. zum Beispiel Nagy, T.: A szovjet alkotmány és a pénzügyi törvényhozás (Sowjetische Verfassung und Finanzlegislation). In: A szocialista alkotmányfejlődés (1977), 214 – 215 pp. Vergl. Koslow, A. E.: Sakonomernosti raswitija sowjetskogo gossudarstwa i nowaja konstituzija SSSR = SGP 1978, Heft 3, 133 – 134 pp.

<sup>46</sup> Auf eine derartige Ausdehnung der konstitutionellen Regelungen bezieht sich Berényi, S.: A szovjet államigazgatási rendszer fejlődésének alkotmányos alapjai (Konstitutionelle Grundlagen der Entwicklung des sowjetischen Staatsverwaltungssystems). In: Szocialista alkotmányfejlődés (1977), 185 – 187 pp. Vergl. Kudrjawzew, N. N.: Konstituzija obschtschenarodnogo gossudarstwa = SGP 1977, Heft 11, 10 – 18 pp.; Koslow, A. E.: Konstituzija SSSR – osnovnoj sakon obschtschenarodnogo szocialisticheskogo gossudarstwa (s. ebenda (1978) Heft 11, 137 – 139 pp.)

<sup>47</sup> S. Teil I. Kapitel 1 – 5 (Artikel 1 – 32). Vergl. loc. cit. (1977) 8 – 15 pp.

<sup>48</sup> S. Teil II, der den Stoff von Kap. 6 und 7 unter dem Titel „Staat und Individuum“ zu einer Einheit zusammenfaßt. S. loc. cit. (1977), 16 – 24 pp.

<sup>49</sup> S. in diesem Sinne z. B. die Garantien im Zusammenhang mit dem Mindesteinkommen (Art. 40, Abs. 2), der Wohnung (Art. 44), der Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten (Art. 48), der Gleichberechtigung der Geschlechter (Art. 35) usw. Vergl. Bajáki, V.: A Szovjetunió új alkotmányának elkészítése és elfogadása (Vorbereitung und Annahme der neuen Verfassung der Sowjetunion). A szocialista alkotmányfejlődés (1977), 96 – 98 pp.

<sup>50</sup> S. aufgrund des Inhalts von Art. 58, Abs. 2 und 3 der Verfassung von 1977. Vergl. loc. cit. (1977) 22 pp.

<sup>51</sup> S. Teil III unter dem Titel: National-staatliche Organisation der UdSSR, der das Material über den Unionsstaat (Kap. 8), die föderativen sozialistischen Sowjetrepubliken (Kap. 9), die autonomen Republiken (Kap. 10) und die autonomen Gebiete und Kreise (Kap. 11) enthält. S. loc. cit. (1977) 25 – 30 pp.

<sup>52</sup> S. Ausschnitte von Teil IV: Sowjets und Wahlordnung der Volksvertreter. S. ebenda aufgrund des Materials der Kapitel 12 – 14.

<sup>53</sup> S. Ausschnitte von Teil V: Die obersten Organe der Staatsmacht und Verwaltung der UdSSR bzw. Ausschnitte von Teil VI: Grundlagen des Aufbaus der Organe der Staatsmacht und Verwaltung in den Unionsrepubliken.

<sup>54</sup> S. Berényi, S.: A szocialista államigazgatási rendszer (System der sozialistischen Staatsverwaltung). Loc. cit. (1977), 189 p.

<sup>55</sup> S. Obbrasowanie i raswitie (1973) 616 – 617, 699 – 716 pp. Vergl. O statuse deputatow sowjetow trudjaschtschichskaja. Sakon 17 dekabrya 1972 g. S. ebenda (1973) 679 – 689 pp.

<sup>56</sup> S. aufgrund des in Teil I, Kap. 1 – 3 enthaltenen Materials. Hier wurde z. B. die wichtige Feststellung getroffen, daß auch die führende Kraft des kommunistischen Aufbaus (die



KPsSU) der Verfassung entsprechend handelt. S. Art. 6, Abs. 3. Loc. cit. (1977), 9 p. Vergl. *Névai, L.*: A törvénykezési szervezet a szovjet alkotmányban (Die Justizorganisation in der sowjetischen Verfassung), Loc. cit. (1977), 160–161 pp., und *Bajdái, V.*: A Szovjetunió új alkotmánya előkészítése (Vorbereitung der neuen Verfassung der Sowjetunion) loc. cit. (1977), 92 p.

## LE SYSTÈME JURIDIQUE ET ETATIQUE DU SOCIALISME DEVELOPPÉ

PÁL HORVÁTH

(Résumé)

- L'ordre étatique et juridique du socialisme développé
- L'époque du droit socialiste développé
- Les caractéristiques de l'époque
- Le rôle international changé de l'État socialiste développé
- Les nouvelles possibilités de l'édification de l'État national
- La constitution du socialisme développé

## ГОСУДАРСТВЕННЫЙ И ПРАВДВОЙ ПОРЯДОК РАЗВИТОГО СОЦИАЛИЗМА

(Резюме)

Эпоха развитого социалистического права, характеристика эпохи. Изменившаяся международная роль развитого социалистического государства. Новые возможности национального государственного устройства в эпоху развитого социализма. Конституция при развитом социализме.